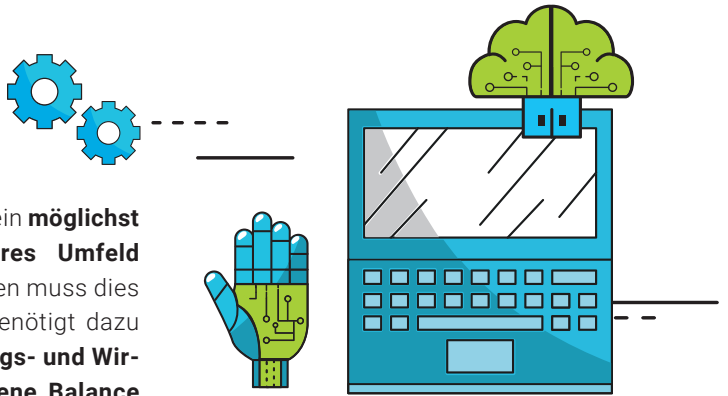


Schlüsselthemen des BVDW für die Bundestagswahl 2021

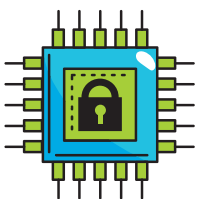
1 Datenwirtschaft und Innovation fördern

- Für datengetriebene Geschäftsmodelle ist ein **möglichst hochgradig harmonisiertes rechtssicheres Umfeld** unerlässlich. Bei allen gesetzlichen Vorhaben muss dies bedacht werden. Die digitale Wirtschaft benötigt dazu insbesondere **die erforderlichen Gestaltungs- und Wirkungsmöglichkeiten und eine angemessene Balance zwischen Chancen und Risiken**.
- Für datengetriebene Geschäftsmodelle ist es, neben verlässlichen Rahmenbedingungen, zudem unerlässlich, **ein hohes Maß an Vertrauen zu schaffen**. Dazu gehören beispielsweise Aufklärung sowie der Aufbau von Kompetenz auf allen gesellschaftlichen Ebenen und eine starke Wissenschaft.
- Im Sinne der Nutzerinnen und Nutzer, aber auch der europäischen Unternehmen muss **Digitale Souveränität** höchstes Ziel sein. Dafür müssen Konzepte wie beispielsweise Datenmanagement, Datentreuhandsysteme, **Personal Information Management Systeme** weiter diskutiert werden. Vorschläge der Datenethikkommission und auch Vorstöße wie der EU Data Governance Act bzw. das Telekommunikations-Telemedien Datenschutzgesetz (TTDSG) regen diese Debatten bereits an und dies sollte weiterverfolgt werden.
- Wir brauchen eine verstärkte Open-Data Kultur des öffentlichen Sektors sowie für Daten der Forschung unter Einhaltung aller Datenschutzbestimmungen. Die Schaffung einer Infrastruktur für die freiwillige **Datenteilung** von Unternehmen ist zudem eine sinnvolle Ergänzung. Eine generelle Datenteilungspflicht für Unternehmen lehnen wir ab.
- Der **Datentransfer nach Drittstaaten** muss für Deutschland und die Europäische Union klar geregelt und auf verlässlicher Basis möglich sein. Die Unternehmen der digitalen Wirtschaft brauchen langfristige Rechtssicherheit, um ihnen Investitionen und Innovationen zu ermöglichen. Wir fordern insbesondere entschlossenes Handeln, um diese Sicherheit in Bezug auf die USA und Großbritannien langfristig sicherzustellen.



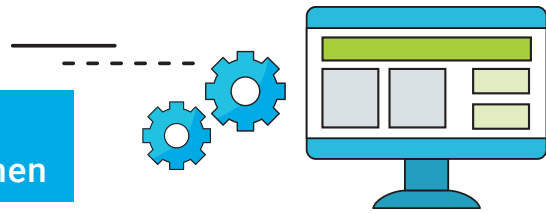
2 Datenschutz weiterentwickeln

- Die **Regelungen zum Datenschutz**, insbesondere der Datenschutzgrundverordnung, **sollten regelmäßig überprüft werden**. Wir sind der Ansicht, dass sich die Gegebenheiten der digitalen Wirtschaft in den letzten Jahren stark verändert haben und fortlaufend im Wandel befinden. Die neue Bundesregierung sollte auf europäischer Ebene und in Deutschland dafür einstehen, dass die Rechte auf Datenschutz- und Privatsphärenschutz mit Blick auf ihre gesellschaftliche Funktion bewertet und in Einklang mit den Rechten der digitalen Wirtschaft stehen. Der digitalen Wirtschaft müssen Lösungen anstelle von Problemen zum Daten- und Privatsphärenschutz angeboten werden.
- Nicht nur Datenschutz sollte weiterhin ein zentrales Thema der nächsten Bundesregierung sein, sondern auch das Thema der **Datensicherheit** muss verstärkt in den Fokus gerückt werden.
- Wir brauchen in Deutschland und Europa eine verbesserte **Durchsetzungsstruktur** für den Datenschutz. Rechtssicherheit und Verlässlichkeit müssen für Unternehmen gewährleistet werden.



3

Online-Werbung als einen Pfeiler der digitalen Wirtschaft anerkennen



- Die Bedeutung der **Online-Werbung als Refinanzierungsmodell** für europäische digitale Medien muss gesehen und das Ökosystem erhalten bleiben. Mit ihrer Rolle bei der Versorgung von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen mit hochwertigen Online-Inhalten und -Services, die dann kostenlos oder kostengünstiger verfügbar sind, stellt sie einen Pfeiler für die Meinungsvielfalt und -freiheit in Deutschland und Europa dar.
- Bestehende Transparenzpflichten müssen erhalten und weiterentwickelt werden, um das **gesamte Ökosystem sicher weiterzuentwickeln**.
- Bestehende **Selbst- und Ko-Regulierungen** müssen bei politischen Debatten um Online-Werbung bedacht werden, da viele Maßnahmen bereits daran arbeiten einen zielführenden Interessenausgleich zwischen allen Beteiligten zu finden.



Wettbewerb in digitalen Märkten fördern

4

- Eine bestehende **Asymmetrie in digitalen Märkten** muss durch die Sicherstellung eines fairen digitalen Ökosystems für alle Stakeholdergruppen langfristig gelöst werden.
- Der BVDW ist der Meinung, dass Initiativen wie die Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen national sowie der Digital Services Act/Digital Markets Act auf europäischer Ebene richtige und wichtige Impulse setzen, die auch eine neue Bundesregierung konstruktiv begleiten muss. Es bedarf hier der **richtigen Balance aller Interessen**, damit die Regulierung ein **Level-Playing-Field** schafft und gleichzeitig Innovation weiterhin zulässt.
- Wir sehen in diesem Zusammenhang auch die Diskussion einer möglichen **Digitalsteuer**. Wir brauchen hierfür eine flächendeckende Lösung, am besten auf internationaler Ebene, die sich aus Sicht des BVDW an der Systematik der Abgeltungssteuer auf Kapitalerträge orientieren könnte, um auch hier ein Level-Playing-Field zu schaffen.



5

Illegale und schädliche (legale) Inhalte im Netz bekämpfen

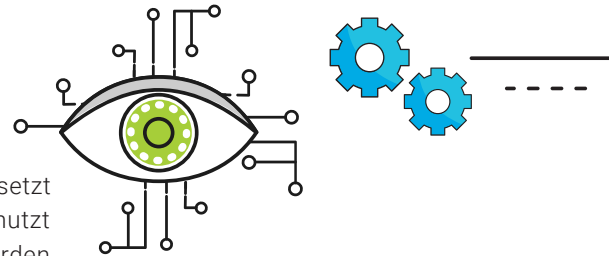


- Aufgrund der aktuell vorhandenen Fragmentierung im Binnenmarkt kann eine einheitliche europäische Herangehensweise zur Moderation von Inhalten in Form eines **“Notice and Action”** Verfahrens hilfreich sein. Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass ein sinnvolles einheitliches Verfahren etabliert wird, das dem Ziel gerecht wird und KMU nicht überlastet.
- Es muss an den **Grundprinzipien der E-Commerce Richtlinie** festgehalten, aber zugleich auch überlegt werden, Intermediäre in die Haftung zu nehmen sofern deren Algorithmus unerwünschte Inhalte (wie etwa Desinformation) breit und prominent unter den Nutzern streut. Das bedeutet, dass bewährte Prinzipien wie das Haftungsprivileg für Diensteanbieter oder auch das Verbot der generellen Überwachung erhalten und weiterentwickelt werden müssen.

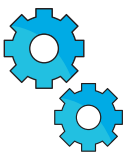
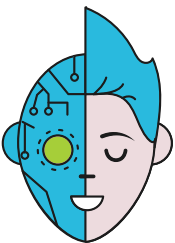
- Der BVDW bekennt sich klar zu Maßnahmen im Kampf gegen Hate Speech und Desinformationen im Netz, die allerdings losgelöst von einem „Notice and Action“ Verfahren gesehen werden sollten. Die Unterscheidung zwischen **illegalen und schädlichen (legalen) Inhalten** ist wichtig. Insbesondere für Unternehmen in Bezug auf die unterschiedliche Haftbarkeit und mögliche Bußgelder. Schädliche (legale) Inhalte müssen in enger Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Politik und Wissenschaft bekämpft werden. Es bedarf hier effektiver Maßnahmen, die aber nicht Gefahr laufen zu einem Overblocking zu führen. Dies wäre insbesondere für redaktionell-journalistische Inhalte problematisch, die der Meinungs- und Pressefreiheit sowie dem Meinungspluralismus dienen.
- Als Reaktion auf die Herausforderungen von **Desinformationen** werden derzeit in der Industrie bereits Anstrengungen unternommen, um Standards zu entwickeln, mit denen die Authentizität und Herkunft von audiovisuellen Inhalten bestätigt wird. Dadurch können bösartige Informationskampagnen, die darauf abzielen, vertrauenswürdige Informationsquellen in unserem digitalen Ökosystem zu beschädigen oder zu fälschen, ausgehebelt werden. Der BVDW empfiehlt, die Möglichkeiten einer öffentlich-privaten Partnerschaft in diesem Technologiebereich zu untersuchen.

6

Künstliche Intelligenz fördern und sinnvollen Rechtsrahmen festlegen



- Der Open-Data-Ansatz sollte vorangebracht und umgesetzt werden. Je stärker **Daten des öffentlichen Sektors** genutzt werden können, umso besser können Systeme trainiert werden und sich Forschung weiterentwickeln.
- Der **Wissenstransfer** und auch **Austausch zwischen Forschung und Wirtschaft** muss weiter gestärkt werden. Hier spielt auch die Unterstützung von innovativen Unternehmen eine Rolle, der Erhalt des europäischen Know-Hows und vor allem eine Erhöhung der F&E-Gelder für KI.
- Der jährliche **KI-Monitor des BVDW** zeigt, dass viel Potential im Bereich KI noch nicht genutzt wird und dies liegt nicht an der Wirtschaft. Sie ist der größte Treiber Künstlicher Intelligenz, doch die Politik schafft nicht die notwendigen Rahmenbedingungen.
- Auf europäischer Ebene müssen wir uns für **rechtssichere Haftungsregelungen** einsetzen. Gesetzgebung muss auch mit Blick auf KI technikneutral und anwendungsbezogen sein.
- Auf europäischer Ebene müssen wir uns zudem für **ethische KI** einsetzen, und zwar über Selbstverpflichtung zur Transparenz. Eine Zertifizierung würde jedoch zu weit gehen. Als Verband möchte der BVDW dabei helfen, den notwendigen gesellschaftlichen Diskurs realitätsnah zu führen und sein Wissen mit den beteiligten Akteuren zu teilen. Dabei sollte klar sein, dass ethische Grundsätze keinen Widerspruch zu den Wachstumschancen von KI darstellen.
- Auch im Bereich KI bedarf es einer besseren **Aufklärung der Gesellschaft** über Funktionsweise und Potenziale von KI bereits ab der Grundschule sowie über Weiterbildungsmaßnahmen.

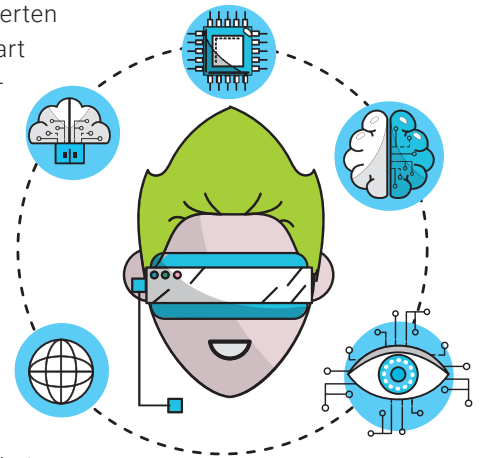




7

Digital Responsibility in Deutschland und Europa verankern

- Es muss in den kommenden Jahren durch die fortschreitende Digitalisierung auch ein **Wandel in der Unternehmenskultur** stattfinden. Digital Responsibility ist daher für den BVDW ein wichtiges Zukunftsfeld, mit dem wir uns bereits jetzt auseinandersetzen. Auch Unternehmen müssen ihre Verantwortung für ökologische, gesellschaftliche, ethische Themen entdecken und haben dies in vielen Fällen auch schon getan. Der BVDW arbeitet daher zusammen mit seiner Mitgliedschaft an einem Standard, den CDR Building Bloxx, die Vorreiter und Beispiel für alle Unternehmen in Deutschland und Europa sein sollen.
- Auch das Thema der **Nachhaltigkeit** ist weiterhin essenziell. Technologie kann einen entscheidenden Mehrwert leisten, die ambitionierten deutschen Klimaschutzziele zu erreichen und Projekte (z.B. Smart Meter) an der Schnittstelle zwischen Technologie und Nachhaltigkeit sollten gefördert und Digitalisierung allgegenwärtig als positiver Treiber für Nachhaltigkeit mitgedacht werden.



8

Arbeitswelt der Zukunft gestalten

- Wenn wir über Digitalisierung sprechen, sprechen wir nicht nur über Technologie, sondern auch über einen **kulturellen Wandel**, wie oben beschrieben.
- Dies wird insbesondere bei der Digitalisierung der Arbeit ersichtlich. In diesem Bereich wird zu Recht an den traditionellen Systemen geruckelt, da die Digitalisierung **neue Formen der Arbeit** ermöglicht. Unter dem Stichwort „Smart Working“ bedarf es mehr Flexibilität, Sicherheit, Nachhaltigkeit und Diversität, um sich langfristig den Ansprüchen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer anzupassen.
- Die Arbeitswelt der Zukunft muss **menschenzentriert** gedacht sein. Es bedarf geeigneter Maßnahmen, um alle Menschen auf dem Weg mitzunehmen. **Lebenslanges Lernen** sowie **Aus- und Weiterbildungen** müssen eingesetzt werden, um dem möglichen Verlust von Arbeitsplätzen entgegenzutreten und allen Menschen die Möglichkeit zu geben, sich an die neuen Gegebenheiten anzupassen und neu zu orientieren.
- Wir brauchen darüber hinaus mehr **Flexibilität**. Die traditionellen Prinzipien, wie beispielsweise der 8-Stunden Arbeitstag im Büro, müssen neu gedacht werden. Der BVDW steht daher hinter einer Flexibilisierung der Arbeitszeitgesetzgebung und der erweiterten Möglichkeit des mobilen Arbeitens.



9

Digitaler Wandel

- Die in den Punkten 1-8 dargelegten Themenkomplexe sind die Grundlage für eine Smart World. Der richtige Umgang mit Datenschutz, Datensicherheit, der Datenwirtschaft oder auch KI sind Voraussetzung für ein solches Konzept.
- Der BVDW fordert die Bundesregierung auf, sich jetzt zu fragen, wie wir den digitalen Wandel hin zu Smart Cities schaffen wollen, die beispielsweise mit neuen Mobilitätskonzepten Stadt und Land verbinden? Welche Weichen gestellt werden müssen, um Potenziale digitaler Gesundheitsversorgung zu entfalten? Welche neuen Geschäftsmodelle sich durch die Digitalisierung unseres Alltags ergeben? Kurzum: Wie kluger Plattform-Urbanismus aussieht, der Innovation beflügelt und eine wettbewerbsfähige Digitalwirtschaft in Deutschland und Europa ermöglicht.



- **Mobilität:** Intelligente Mobilität ist der Kern einer Smart City/Region. Mobilitätssysteme müssen sich an wechselnde Anforderungen anpassen, um so Städte und Regionen lebenswerter, nachhaltiger, sauberer und sicherer zu gestalten. So müssen Ökosysteme vernetzter Partner gestaltet werden, die zum Vorteil der Fahrgäste zusammenarbeiten, um so den wachsenden Anforderungen der Menschen gerecht zu werden. Umso wichtiger ist es, dass Deutschland seine führende Position im Mobilitätssektor wahrnimmt und das Personenbeförderungsgesetz zielführender anpasst sowie Zukunftsfelder wie autonomes bzw. automatisiertes Fahren aktiv gestaltet.



- **Gesundheit:** Die elektronische Patientenakte muss schnellstmöglich flächendeckend und umfassend eingeführt werden. Gesundheitsämter müssen schnellstmöglich digitalisiert werden und digitales Gesundheits-Know-how muss in der Bildung verankert werden. Zudem sollten „Apps auf Rezept“ auf kontinuierliche Innovation, Erweiterung des medizinischen Behandlungsspektrums sowie die aktive Gesundheitsgestaltung ausgerichtet werden.



- **Smart Cities:** Um Modellprojekte zu tatsächlichen Smart Cities weiterzuentwickeln, empfiehlt der BVDW der neuen Bundesregierung politische Anreize in der Wohnungsbau- und Energiewirtschaft zu liefern, den Ausbau einer Infrastruktur voranzutreiben, welche dem Bürger als Energieverbraucher und -erzeuger Transparenz, Kontrolle und Steuerungsmöglichkeiten über seine Energiebilanz gibt.

Mit Blick auf die Zunahme des Online-Handels ist die Bundesregierung aufgefordert, neue Konzepte für den Erhalt und die Profitabilität deutscher Innenstädte zur Sicherung der Lebensqualität zu fordern und zu fördern.

10

Digitalisierungsvorbehalt für alle Gesetzesvorhaben einführen

- Während der Pandemie war die Digitalisierung ein zentrales Instrument und eine Hilfestellung für die Menschen, Schulen, Krankenhäuser, Universitäten, Kirchen, gemeinnützige Organisationen und Unternehmen. Dies verdeutlicht die Wichtigkeit innovativer Tools und digitaler Ansätze, auch zur erfolgreichen wirtschaftlichen Erholung.
- Wir müssen in Deutschland daher zwingend gegen die fehlende Koordinierung im Digitalen angehen. Wir werden den Digitalisierungstau nicht mit den bestehenden Strukturen auflösen können. Wir brauchen daher Diskussionen über ein Digitalministerium und insbesondere aus Sicht des BVDW einen **Digitalisierungsvorbehalt**, der es ermöglicht alle Maßnahmen und gesetzgeberischen Initiativen des Bundes auf den Digitalisierungsgrad zu prüfen. Sollte die Digitalisierung nicht mitgedacht worden sein, muss es möglich sein, Projekte/Gesetzesvorschläge zunächst zurückzuverweisen und neu zu justieren. Zugleich bedarf es bei digitalpolitischen Gesetzesvorhaben einer Medienverträglichkeitsprüfung, um Auswirkungen auf diesen Bereich frühzeitig mit in den Blick zu nehmen. Die Digitalisierung muss darüber hinaus ein zentrales Thema des künftigen Kanzlers/der künftigen Kanzlerin sein. Nur so können wir in Deutschland langfristig die richtigen Weichen stellen.